



2017/2053(INI)

29.1.2018

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Wirtschaft und Währung

für den Haushaltsausschuss

zur Reform des Eigenmittelsystems der Europäischen Union
(2017/2053(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Luigi Morgano

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- A. in der Erwägung, dass jüngste Erhebungen nahelegen, dass die europäischen Bürger mehrheitlich ein verstärktes Engagement der EU in Bereichen wie Sicherheit und Verteidigung, Bildung und Innovation sowie Sozial- und Wirtschaftspolitik wünschen, und dass dies Auswirkungen auf den Haushalt hat;
- B. in der Erwägung, dass der Brexit erhebliche Auswirkungen auf die Einnahmenseite des EU-Haushalts haben wird;
- C. in der Erwägung, dass die BNE-Beiträge eingerichtet wurden, um die Ausgaben auszugleichen, die nicht durch andere Einnahmen auf EU-Ebene abgedeckt waren, und somit ergänzenden Charakter haben konnten; in der Erwägung, dass der Anteil der BNE-Beiträge von 13,2 % im Jahr 1991 auf 66,3 % im Jahr 2016 gestiegen und nun die Hauptfinanzierungsquelle für den EU-Haushalt ist, was ihrer ursprünglichen Funktion entgegensteht;
 1. begrüßt den im Reflexionspapier zur Zukunft der EU-Finzen vertretenen Ansatz, wonach die Grundprinzipien des EU-Haushalts darin bestehen müssen, im Vergleich zu den nationalen Haushalten einen europäischen Mehrwert zu liefern, Skaleneinsparungen zu erzielen und eine möglichst effiziente und zielgerichtete Mittelverwendung sicherzustellen, um „mit jedem ausgegebenen Euro eine möglichst große Wirkung zu entfalten“;
 2. betont, dass ein reformiertes EU-Eigenmittelsystem keine zusätzliche steuerliche Belastung der EU-Bürger bewirken und eine Ausweitung des regressiven Charakters des EU-Eigenmittelsystems vermeiden sollte;
 3. ist der Ansicht, dass ein übermäßiger Rückgriff auf BNE-Beiträge als Hauptfinanzierungsquelle für den EU-Haushalt das Konzept des „angemessenen Mittelrückflusses“ fortschreibt; begrüßt die Arbeiten der Hochrangigen Gruppe zu den Eigenmitteln, insbesondere die vorgeschlagenen Maßnahmen zum Ausgleich des Anteils auf Basis des BNE; vertritt die Auffassung, dass die Verwendung traditioneller und neuer echter Eigenmittel die BNE-Beiträge zumindest teilweise ersetzen und somit verringern könnte;
 4. ist der Ansicht, dass für die Reform des Eigenmittelsystems die Grundsätze Einfachheit, Stabilität, Flexibilität, Transparenz, Fairness, Demokratie und EU-Mehrwert maßgeblich sein sollten, damit die Bürger besser verstehen können, wie der EU-Haushalt finanziert wird;
 5. ist der Ansicht, dass, wie im Bericht der Hochrangigen Gruppe betont, echten Eigenmitteln mit einer klaren europäischen Ausrichtung der Vorzug gegeben werden sollte;
 6. begrüßt den Vorschlag der Hochrangigen Gruppe aufgrund von deren Vision der

- Eigenmittel auf MwSt.-Basis mit dem Ziel, diese einfacher zu gestalten, die damit verbundenen Verwaltungskosten zu senken und den Bezug zur MwSt.-Politik der EU und den tatsächlichen MwSt.-Einnahmen zu stärken; vertritt die Auffassung, dass eine solche Reform der Eigenmittel auf MwSt.-Basis dazu beitragen würde, Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung wirksamer zu bekämpfen; ist ferner der Ansicht, dass nur ein endgültiges EU-MwSt.-System und die entsprechenden Eigenmittel ein gerechtes System für die europäischen Bürger in Bezug auf den EU-Haushalt schaffen würden;
7. vertritt die Auffassung, dass die Kommission auf der Grundlage der Schlussfolgerungen der Überprüfung der Richtlinie über eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage (GKKB) die Bedingungen vorschlagen sollte, zu denen ein Teil der durch die GKKB generierten Steuereinnahmen auf den EU-Haushalt verteilt wird, um die Haushaltsbeiträge der Mitgliedstaaten anteilmäßig zu reduzieren;
 8. begrüßt die Diskussion über mögliche Optionen für Steuern, die die Maßnahmen der EU zur Bewältigung der ökologischen Herausforderungen unterstützen;
 9. betont, dass alle Rabatte auf der Einnahmenseite abgeschafft werden sollten; vertritt die Auffassung, dass der Anteil für Verwaltungsaufwendungen, den die nationalen Zollstellen aus den erhobenen Zöllen und Abgaben erhalten, die damit verbundenen Verwaltungskosten nicht übersteigen sollte;
 10. begrüßt die Absicht der Kommission, einen Vorschlag zur Schaffung einer eigenen Haushaltslinie für das Euro-Währungsgebiet im Rahmen des EU-Haushalts vorzulegen;
 11. betont, dass es trotz der Notwendigkeit ausreichender Finanzmittel für die EU wichtig ist, die steuerliche Belastung der Bürger nicht zu erhöhen;
 12. nimmt das von der Kommission am 6. Dezember 2017 vorgelegte WWU-Paket zur Kenntnis, in dem Vorschläge skizziert werden, die die Schaffung des Amtes eines „Europäischen Ministers für Wirtschaft und Finanzen“, die Umwandlung des Europäischen Stabilitätsmechanismus in einen Europäischen Währungsfonds und die Schaffung neuer Haushaltsinstrumente für ein stabiles Euro-Währungsgebiet innerhalb des Unionsrahmens betreffen;
 13. vertritt die Auffassung, dass es, damit das Euro-Währungsgebiet Vorteile für alle Bürger erbringt, sinnvoll sein könnte, eine Haushaltskapazität für das Euro-Währungsgebiet mit einer besonderen Haushaltslinie im EU-Haushaltsplan innerhalb des Unionsrahmens, jedoch über die Berechnungen der Obergrenzen für Verpflichtungen und Zahlungen im mehrjährigen Finanzrahmen hinaus und innerhalb des rechtlichen Rahmens der Verträge zu schaffen, dabei Überschneidungen mit den bestehenden Politiken und eine Fragmentierung des Haushaltsplans zu vermeiden; plädiert dafür, diese Haushaltskapazität mit den Mitteln und Instrumenten auszustatten, die es ihr ermöglichen, Aufgaben der makroökonomischen Stabilisierung wahrzunehmen; betont allerdings, dass die Mitgliedstaaten den Stabilitäts- und Wachstumspakt einhalten müssen, auch dessen bestehende Flexibilitätsklauseln; erachtet es außerdem als unbedingt notwendig, Investitionen zu sichern, Arbeitslosigkeit und Unsicherheit vorzubeugen, Anreize für Strukturreformen zur Modernisierung der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten zu bieten, wirtschaftliche

und soziale Konvergenz herbeizuführen und das Finanzsystem in ganz Europa zu stärken;

14. vertritt die Auffassung, dass, wie von der Hochrangigen Gruppe empfohlen, eine Haushaltskapazität für das Euro-Währungsgebiet teilweise aus Eigenmitteln finanziert werden könnte, die im Euro-Währungsgebiet einfacher eingeführt werden können, z. B. in Form eines Anteils an Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer; betont allerdings, dass eine Verknüpfung zwischen spezifischen Arten von Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsplan vermieden werden sollte;
15. ist der Ansicht, dass eine klare Verbindung zwischen Haushaltsausgaben und strategischen Zielen geschaffen werden sollte, um die demokratische Legitimität der auf europäischer Ebene vereinbarten Maßnahmen sicherzustellen; ist der Ansicht, dass die EU-Eigenmittel, um die öffentliche Unterstützung für sie zu erhöhen, eine klare EU-Mehrwert-Komponente aufweisen sollten;
16. vertritt die Auffassung, dass Demokratie, Transparenz und eine klare Verknüpfung von Beschlussfassung, Rechenschaftspflicht und Haftung die Legitimität der öffentlichen Politik auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene untermauern, insbesondere im Fall der Haushalts- und Fiskalpolitik; nimmt den Vorschlag des Kommissionspräsidenten zur Kenntnis, innerhalb der Kommission das Amt eines „Europäischen Ministers für Wirtschaft und Finanzen“ zu schaffen; vertritt die Auffassung, dass dies die demokratische Rechenschaftspflicht in Bezug auf die wirtschaftspolitische Steuerung in der EU, insbesondere gegenüber dem Europäischen Parlament, verbessern könnte;
17. vertritt die Auffassung, dass der Beschluss des Rates über die Eigenmittel unter stärkerer Einbeziehung des Europäischen Parlaments gefasst werden sollte.

ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

Datum der Annahme	24.1.2018
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 39 -: 13 0: 3
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Gerolf Annemans, Burkhard Balz, Hugues Bayet, Pervenche Berès, Udo Bullmann, David Coburn, Esther de Lange, Markus Ferber, Jonás Fernández, Sven Giegold, Roberto Gualtieri, Brian Hayes, Danuta Maria Hübner, Cătălin Sorin Ivan, Barbara Kappel, Wajid Khan, Wolf Klinz, Philippe Lamberts, Werner Langen, Sander Loones, Bernd Lucke, Olle Ludvigsson, Ivana Maletić, Fulvio Martusciello, Bernard Monot, Caroline Nagtegaal, Luděk Niedermayer, Stanisław Ożóg, Dimitrios Papadimoulis, Sirpa Pietikäinen, Dariusz Rosati, Pirkko Ruohonen-Lerner, Anne Sander, Martin Schirdewan, Molly Scott Cato, Pedro Silva Pereira, Peter Simon, Kay Swinburne, Ramon Tremosa i Balcells, Ernest Urtasun, Marco Valli, Tom Vandenkendelaere, Jakob von Weizsäcker
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Enrique Calvet Chambon, Matt Carthy, Mady Delvaux, Herbert Dorfmann, Ramón Jáuregui Atondo, Verónica Lope Fontagné, Thomas Mann, Luigi Morgano, Lieve Wierinck
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 200 Abs. 2)	Edward Czesak, Manolis Kefalogiannis, Rainer Wieland

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

39	+
ALDE	Enrique Calvet Chambon, Ramon Tremosa i Balcells, Lieve Wierinck
PPE	Burkhard Balz, Herbert Dorfmann, Markus Ferber, Brian Hayes, Danuta Maria Hübner, Manolis Kefalogiannis, Esther de Lange, Werner Langen, Verónica Lope Fontagné, Ivana Maletić, Thomas Mann, Fulvio Martusciello, Luděk Niedermayer, Sirpa Pietikäinen, Dariusz Rosati, Anne Sander, Tom Vandenkendelaere, Rainer Wieland
S&D	Hugues Bayet, Pervenche Berès, Udo Bullmann, Mady Delvaux, Jonás Fernández, Roberto Gualtieri, Cătălin Sorin Ivan, Ramón Jáuregui Atondo, Wajid Khan, Olle Ludvigsson, Luigi Morgano, Pedro Silva Pereira, Peter Simon, Jakob von Weizsäcker
VERTS/ALE	Sven Giegold, Philippe Lamberts, Molly Scott Cato, Ernest Urtasun

13	-
ALDE	Caroline Nagtegaal
ECR	Edward Czesak, Sander Loones, Bernd Lucke, Stanisław Ożóg, Pirkko Ruohonen-Lerner, Kay Swinburne
EFDD	David Coburn, Marco Valli
ENF	Gerolf Annemans, Bernard Monot
GUE/NGL	Matt Carthy, Martin Schirdewan

3	0
ALDE	Wolf Klinz
ENF	Barbara Kappel
GUE/NGL	Dimitrios Papadimoulis

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung